

FUCHS BRIEFE

Der Unternehmerbrief aus der Hauptstadt

64. Jahrgang | 90

Berlin, 15. November 2010

EU-Strukturpolitik

Hoffnung für Ostdeutschland

Gute Nachricht für die ostdeutschen Länder: Brüssel will auch nach 2013 alle Regionen in Europa fördern. Gebiete, die aus der Höchstförderung herausfallen, sollen zudem Übergangshilfen erhalten. Dies erfuhr FUCHS aus dem Umfeld von EU-Kommissar *Johannes Hahn*. In Brüssel waren Forderungen laut geworden, dass künftig nur noch Regionen mit einer Wirtschaftsleistung von weniger als 75% des EU-Durchschnitts Geld aus dem Regionalfonds erhalten sollen. Das hätte die neuen Bundesländer massiv getroffen – auch deshalb, weil die Förderung aus dem Solidarpaket II bis 2019 ausläuft.

Statt einen harten Schnitt vorzunehmen, will der Österreicher Hahn allen Regionen in Ostdeutschland Übergangshilfen bis 2020 gewähren. Die neuen Bundesländer werden ab 2014 fast ausnahmslos ihren Status als Höchstförderregionen verlieren (s. FB v. 22.7.10). Bereits jetzt erhalten die Bezirke Süd-Brandenburg, Halle und Leipzig Übergangshilfen. Grund: Ihre Wirtschaftsleistung lag vor Beginn der laufenden Förderperiode über dem Schwellenwert von 75% des Bruttoinlandsprodukts der EU. Für Übergangsbereiche werden die Regionalhilfen erst 2020 endgültig auslaufen. Sie liegen bei gut einem Drittel der Mittel für Höchstfördergebiete. Von 2007 bis 2013 erhalten die ostdeutschen Länder aus Brüssel 16,5 Mrd. € und Berlin knapp 1 Mrd. € – dazu kommt eine nationale Kofinanzierung von etwa 6,5 Mrd. €.

Allerdings will Hahn verhindern, dass die EU-Fördergelder weiter hauptsächlich in Beton gegossen werden. Deshalb schlägt er vor, die Regionalpolitik ab 2014 weitgehend auf die Ziele der Wachstumsstrategie „Europa 2020“ auszurichten. Danach müssten die Regionen die Mittel der EU hauptsächlich für Forschung und Entwicklung, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie Bildung und lebenslanges Lernen ausgeben. Diese Prioritäten sollen in den Förderregionen für mehr Wachstum sorgen als Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. „Wir sehen in Ostdeutschland, dass eine gleichwertige Infrastruktur noch kein gleichwertiges Wirtschaftsniveau garantiert“, erklärt ein Mitarbeiter Hahns.

Über die genaue Ausstattung der Strukturfonds will sich in Brüssel allerdings noch niemand auslassen. Es gebe zu viele Unwägbarkeiten, heißt es in Hahns Umgebung. So sei noch unklar, wie viele neue Mitglieder bis 2014 der EU beitreten. Brüssel will Kroatien schon 2012 aufnehmen, die anderen Balkanländer haben ebenfalls eine Beitrittsperspektive. Auch das Haushaltsvolu-

men in der nächsten Programmperiode ist noch unklar. Die Geberländer haben den Ausgabenanstieg der EU im nächsten Jahr auf 2,9% begrenzt. Angesichts der nationalen Sparhaushalte sei nicht mehr drin. Wie wir von Diplomaten in Brüssel hören, wollen London und Berlin auch in der nächsten Finanzperiode den EU-Haushalt auf 1% der Wirtschaftsleistung der Gemeinschaft begrenzen – trotz höherer Ausgaben etwa für den europäischen diplomatischen Dienst. Das würde den finanziellen Spielraum für die Regionalförderung verringern.

- ▶ **Fazit:** Wie hoch die Regionalförderung ab 2014 auch ausfällt – für die ostdeutschen Länder ist vor allem wichtig, dass sie nicht leer ausgehen. Denn ihre Nähe zu Polen und Tschechien macht sie verwundbar. Da diese Länder Höchstfördergebiete bleiben, würde Ostdeutschland ohne weitere Hilfen bei Firmenansiedlungen wohl häufiger den Kürzeren ziehen.

Hauptstadt-Notizen

BERLIN: NACHFOLGEDISKUSSION IN VOLLEM GANG

Die Rücktrittsnachrufe auf Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* (CDU) liegen bereits in den Schubladen der Berliner Redaktionen. Favorit für seine Nachfolge ist Innenminister *Thomas de Maizière* (CDU). Es sei denn, *Angela Merkel* zieht wie schon bei anderer Gelegenheit einen weiteren Kandidaten aus dem Hut. Aber unter den Länderfinanzministern der Union drängt sich keiner so richtig auf – weder *Willi Stäbe* (Baden-Württemberg), *Carsten Frigge* (Hamburg), *Thomas Schäfer* (Hessen), *Hartmut Möllring* (Niedersachsen), *Peter Jacoby* (Saarland), *Georg Unland* (Sachsen), *Rainer Wiegand* (Schleswig-Holstein) und *Marion Walsmann* (Thüringen). Einzig Möllring gilt in Berlin als ministrabel auf Bundesebene – allerdings gibt es an der Spree schon zahlreiche Niedersachsen.

OSLO: STAATSFONDS KAUFT DEUTSCHE IMMOBILIEN

Norwegens staatlicher Pensionsfonds will im nächsten Jahr in Deutschland und in Frankreich größere Immobilien zur Kapitalanlage kaufen. Dabei sind die Norweger vor allem an Joint Ventures interessiert. Der Staatsfonds will hauptsächlich in Einzelhandelsflächen und Büroge-

Inhalt

◆ Unternehmen: Gute-Laune-Nachrichten	2
◆ Steuern: Abschied von der Strukturreform	3
◆ Russland: Ein Drittmarkt wie jeder andere	4
◆ Kunstmarkt: Erfolgskriterien beim Kauf	6

bäude investieren. Erst seit kurzem darf er bis zu 5% des Fondsvermögens in gewerblichen Immobilien anlegen. Als erste Transaktion hat der Staatsfond 25% von 113 Gebäuden in Londons Regent Street, einer der teuersten Einkaufsstraßen der Stadt, für 448 Mio. Pfund erworben. Die übrigen 75% halten Geschäftspartner. Die Grundstücke befinden sich im Besitz der Britischen Krone.

BERLIN: LINKE STECKT TIEF IN DER KRISE

Ein Jahr nach der Bundestagswahl steckt auch die Linke in einer tiefen Krise. *Gesine Lötzsch*, *Klaus Ernst* und *Gregor Gysi* wollen die Partei nach zwölf Monaten ideologischer Stagnation und personeller Querelen wieder flott machen. Bisher war die Partei, so die Selbstkritik, nur Korrektiv der SPD und Grünen – etwa bei der Rente mit 67 und Hartz IV. Angesichts der guten Wirtschaftslage sind das aber keine Wahlschlager mehr. Andere Themen wie Rekommunalisierung, direkte Bürgerbeteiligung und Bundeswehr als Friedensarmee besetzt auch die Konkurrenz. Angesichts der Ideenarmut ist der Anspruch der Partei vermessen, ein „Motor“ Deutschlands zu sein.

Irland

Euro-Hilfe versus Geschäftsmodell

In Irland steht der Bailout der nationalen Banken durch die EU bevor. Diese haben zur Zeit des Immobilienbooms fast unkontrolliert Hypothekenkredite vergeben und mussten nach dem Platzen der Blase von der irischen Regierung mit weit reichenden Staatsgarantien gerettet werden. Nun steht der irische Staat selbst vor dem Bankrott. Die Märkte gehen inzwischen davon aus, dass die Bürgschaften an den Euro-Rettungsfonds durchgereicht werden (s. FB v. 8.11.10). Für den stehen die Euro-Länder mit 440 Mrd. € gerade.

Noch wehrt sich Irlands Regierung gegen die Finanzhilfe der Euro-Staaten, weil sie fürchtet, dass diese schmerzhaft Konzessionen als Gegenleistung fordern werden. Berlin und Paris verlangen seit längerem, dass Irland sein Geschäftsmodell aufgibt, das auf einem EU-weit konkurrenzlos niedrigen Körperschaftsteuersatz von 12,5% beruht. Damit zieht Irland ausländische Unternehmen nach wie vor magnetisch an. So will die Zürich-Versicherung ihr Lebensversicherungsgeschäft aus Großbritannien nach Irland verlagern.

Zwar kann die irische Regierung behaupten, sie müsse sich vor Juni/Juli 2011 kein frisches Geld an den Märkten besorgen. Die Aussage klammert aber die Bürgschaftsrisiken aus, die am Bankenplatz London auf 50 bis 80 Mrd. € geschätzt werden. Irlands Banken haben in großem Umfang kurzfristige Kredite an Unternehmen und Private vergeben, deren Rückzahlung gefährdet ist. Insgesamt bürgt der irische Staat mit bis zu 400 Mrd. € für Einlagen der großen irischen Banken.

Den voraussehbaren Bailout der Banken durch

die Regierung preisen die Märkte in die Zinsen für irische Anleihen ein. Sollte die EU als lender of last resort einspringen (müssen), würde die Laufzeit irischer Bonds um mehrere Jahre verlängert, heißt es in der Londoner City. Zudem käme es zu einem „Haircut“, einer Verringerung ihres Nominalwerts. Dabei haben sich die irischen Banken bereits massiv Geld bei der EZB beschafft: Rund ein Viertel der gegen Staatspapiere ausgegebenen Zentralbankgelder sind bislang nach Irland geflossen. Auslandsunternehmen mit größeren Einlagen bei irischen Banken ziehen bereits ihre Guthaben ab. Sie gehen davon aus, dass der irische Staat die Garantien für seine Banken nicht einlösen kann.

- ▶ **Fazit:** Der Euro-Rettungsschirm ist eigentlich ein europäischer Bankenrettungsfonds. Das galt schon im Falle Griechenlands, nur waren dort vornehmlich deutsche und französische Banken die Profiteure. Die betroffenen Länder können sparen wie sie wollen – bekommen sie die maroden Banken nicht in den Griff, zahlen Europas Steuerzahler oben drauf.

Unternehmen

Gute-Laune-Nachrichten

Zu Ihrer Motivation und der Ihrer Mitarbeiter für Sie zusammen gestellt:

- ◆ Der Sachverständigenrat der Bundesregierung rechnet für dieses Jahr mit einem realen **Wirtschaftswachstum** in Deutschland von 3,7%. Im nächsten Jahr sollen es immerhin noch gute 2,2% sein.
- ◆ Der **Einzelhandel** erwartet das beste Weihnachtsgeschäft seit fünf Jahren. Über die Ladenkassen sollen im November und Dezember 77 Mrd. € gehen. Das wären nach Angaben des Handelsverbandes Deutschland zwei Mrd. € mehr als 2009.
- ◆ **Osteuropas Volkswirtschaften** wachsen in diesem Jahr um bis zu 4%. Dies erwartet der Chef der Osteuropa-Bank, *Thomas Miron*. Davon profitiert besonders der deutsche Export in die Region, der nach Einschätzung des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft in diesem Jahr um 20% zulegen wird.
- ◆ Der Umschlag im **Hamburger Hafen** hat fast schon das Vorkrisenniveau erreicht. An manchen Tagen sind schon wieder alle Liegeplätze belegt.
- ◆ **Japans** Wirtschaft wuchs im 3. Quartal gegenüber dem 2. Quartal um 0,9%. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies einen Zuwachs von 3,9%. Die Analysten hatten nur mit 2,5% gerechnet.
- ◆ Die brummende **Automobilkonjunktur** führt bei deutschen Herstellern zu langen Lieferzeiten. Auf bestimmte Golf-Modelle und den Audi A3 müssen Sie bis zu fünf Monate warten, auf den Opel Zafira immerhin noch drei Monate.
- ▶ **Fazit:** Die Beunruhigung über Irlands oder Griechenlands Zahlungsfähigkeit macht sich in der Realwirtschaft bisher nicht bemerkbar.

Frankreich Vorbild deutsches Steuersystem

Die neue Regierung von Staatschef Nicolas Sarkozy will sich vor allem dem Abbau des Haushaltsdefizits und einer Steuerreform nach deutschem Vorbild widmen. Frankreichs Steuersystem soll künftig stärker dazu beitragen, „Arbeitsplätze zu schaffen und Investitionen zu befördern“, kündigte Budgetminister *François Baroin* an. Ziel des Kabinetts von Premier *François Fillon* sei, dass das Steuerrecht zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beiträgt. Der Budgetminister schloss eine niedrigere Körperschaftssteuer nicht aus. Ein unternehmensfreundlicheres Steuersystem sei die Priorität während der letzten 18 Monate der Legislaturperiode.

Im nächsten Jahr will die Regierung das Staatsdefizit, das 2010 einen Rekord von über 8% der Wirtschaftsleistung erreichen wird, um 40% verringern. Bis 2013 soll es wieder auf einen Wert unter 3% des BIP fallen. Vor allem mit dem Streichen von Steuervergünstigungen und dem Kürzen öffentlicher Ausgaben will die Regierung die Neuverschuldung reduzieren. Ein zentrales Element sollen dabei Reformen der Sozialversicherung sein – wie die kürzlich gegen den Widerstand der Gewerkschaften angenommene längere Arbeitsdauer bis zur Rente. Als nächstes will die Regierung Fillon die defizitäre staatliche Krankenversicherung sanieren. Das Vorhaben könnte ähnliche Proteste provozieren.

- **Fazit:** So begrüßenswert die ambitionierten Pläne der umgebildeten Regierung sind, sie könnten an zwei Hindernissen scheitern. Frankreich hat mit 56% eine der höchsten Staatsquoten Europas – und eine Bevölkerung, die gegen Einschnitte in Sozialleistungen auf die Straße geht. Das beschränkt den Handlungsspielraum von Premier Fillon.

Steuern

Abschied von der Strukturreform

Die Union hat sich trotz gegenteiliger Äußerungen von einer Steuerstrukturreform verabschiedet. Als Placebo für die Öffentlichkeit basteln CDU und CSU noch an einer Mehrwertsteuerreform. Aber selbst hier zeigt Finanzminister *Wolfgang Schäuble* keinen großen Ehrgeiz. Für eine Reform der Einkommensteuer mit einer Abflachung des Mittelstandsbauchs sieht er überhaupt keinen Spielraum. Und gegen eine Reform der Gewerbesteuer sperren sich Unions-Abgeordnete mit starken Wurzeln in der Lokalpolitik. In unserem Beisein warnte Schäuble vor überspannten Erwartungen: „Unser Steuerrecht wird hochkompliziert bleiben. Die Milliardenbeträge zum Pauschalieren haben wir nicht“.

CSU-Landesgruppenchef Friedrich sekundiert dem Kassenwart der Nation. Erst wenn das Steueraufkommen ohne konjunkturbedingte „Mehreinnah-

men“ den gesetzlichen Pflichtausgaben im Haushalt (Sozialausgaben und Zinsen) entspräche, ließe sich über eine Steuerstrukturreform reden. Dies wird aber angesichts wachsender Sozialausgaben ab 2015 nicht möglich sein. Dann gehen die Babyboomer in Rente. Zudem ist mit einer höheren Zinsbelastung zu rechnen.

Der Finanzminister tut alles, um das Thema Steuerreform endgültig vom Tisch zu haben. Bei jeder Gelegenheit erklärt er süffisant, die FDP komme langsam in der Realität an. Nach Umfragen verlangen 57% der Bundesbürger, Steuermehreinnahmen zur Schuldenreduktion zu verwenden, nur 20% zu Steuerensenkungen. „Auch die Anhänger der FDP“ – die Anmerkung kann sich Schäuble nicht verkneifen.

- **Fazit:** Die Union entsorgt gerade die Restforderungen nach Steuerensenkungen. Eine Strukturreform wollen Kanzlerin und Finanzminister nicht, da sie der Union kaum Meriten aber viel Ärger einbringen würde. Die Steuerschätzung im Mai 2011 dürfte auch die letzten Rufer verstummen lassen, wenn sich die deutsche Konjunktur wieder abflacht.

Sozialpolitik

Die Pflegeversicherung wird teurer

Stellen Sie sich auf steigende Beiträge zur Pflegeversicherung ein. Das wird höchst wahrscheinlich das Ergebnis der jetzt von Gesundheitsminister *Philipp Rösler* (FDP) einberufenen Expertengruppe sein.

Der derzeitige Beitragssatz von 1,95% (Kinderlose 2,2%) deckt die Kosten der Pflege nur bis 2013 ab. Dann sind die Rücklagen von 5 Mrd. € aufgebraucht. Schon diese Entwicklung würde rechnerisch einen um 0,2%- bis 0,3%-Punkt höheren Beitrag nötig machen.

Gleichzeitig soll aber die Bezahlung von Pflegekräften attraktiver werden. Da von 2011 an Zivildienstleistende als preiswerter Personersatz wegfallen, dürften die Lohnkosten im Pflegebereich stärker steigen als bisher angenommen. Ein Aufschlag von 0,5%-Punkten ab 2013 ist deshalb sehr wahrscheinlich.

Nach den Vorstellungen der Bundesregierung soll es neben der Pflegeversicherung ergänzend eine Art Riester-Pflege geben. Mit ihrer Hilfe sollen Pflegeversicherte einen Kapitalstock aufbauen. Diese Vorsorge würde dann wie bei der Riester-Rente vom Steuerzahler bezuschusst.

Widerstand gegen eine Beitragsanhebung gibt es im politischen Berlin praktisch nicht. So wie es aussieht, werden lediglich bei der administrativen Ausgestaltung der Reform Arbeitgeberinteressen Berücksichtigung finden. Da hier aber die Sozialpolitiker aller Couleur das Sagen haben, dürfte der Einfluss der Wirtschaft nur marginal sein.

- **Fazit:** Von der versprochenen Entlastung bei den Lohnnebenkosten ist keine Rede mehr. Sie sollten Ihren Verband auffordern, tätig zu werden, um für Ihr Unternehmen und Ihre Arbeitnehmer wenigstens zu hohe finanzielle Belastungen zu verhindern.

Russland

Ein Drittmarkt wie jeder andere

Trotz schwieriger Rahmenbedingungen reißt das Interesse deutscher Firmen an Investitionen in Russland nicht ab. Rund 6.000 Töchter deutscher Unternehmen sind mittlerweile dort tätig. Die rechtlichen Rahmenbedingungen seien nicht schlechter, die Korruption nicht größer als in Rumänien, Italien oder Spanien, meint *Andreas Steininger*, Prof. für öffentliches Recht an der Uni Rostock. Mit ihm sprach FUCHS am Rande einer Investorenkonferenz in Berlin.

Liefern allein reiche nicht, meint Steininger, man werde vom Distributor vor Ort abhängig und verlöre den Markt. Unternehmer sollten bei einem Engagement auf eine Präsenz vor Ort setzen: Zoll, Transport, Distributionskosten knabbern sonst erheblich an der Gewinnmarge. Eine dauerhafte Marktpräsenz in Russland ist für Konsumgüterhersteller Pflicht.

Von Joint Ventures rät Russlandexperte Steininger ab: „Behalten Sie die Zügel in der Hand“. Wichtig sei, bei Konsumgütern ein ausreichend großes Marketingbudget einzuplanen. 2-3 Mio. € reichten für eine Produktkampagne in Moskau und St. Petersburg. Für die Gründung einer Kapitalgesellschaft brauche man etwa vier bis fünf Monate (Kosten etwa 10.000 €) und sechs bis neun Monate Vorlauf für den Aufbau einer Vertriebs-GmbH. Das gehe auch, ohne zu schmieren. Korruption gebe es vor allem bei Baugenehmigungen im Großraum Moskau.

Eigentum sei sicher solange man nicht in politisches Fahrwasser gerät und eine marktbeherrschende Stellung erobert. Ob Beton oder Schokolade – beides kann in Russland zu einem Politikum werden. Und wenn die Volksseele erst einmal kocht, neigt die Politik dazu, sich über Eigentumsrechte hinweg zu setzen.

- **Fazit:** Früher als Hort der Korruption verrufen, ist Russland inzwischen ein Drittmarkt wie jeder andere – mit allen Vor-, aber auch Nachteilen.

Seltene Erden

Blase wegen Angebotsknappheit

Sechs obskure Bergbauunternehmen in Australien, Kanada und den USA haben zusammen einen Börsenwert von 7 Mrd. US-\$ erreicht, obwohl sie noch kei-

nes der 17 Seltenerdmetalle gefördert haben. Grund der Aktienblase: Mit einem teilweisen Exportstopp hat China das Angebot an Seltenen Erden extrem verknappt. Peking versucht mit der Maßnahme, westliche Investoren und vor allem technisches Wissen anzulocken. Da der Inlandspreis deutlich unter dem Weltmarktpreis liegt, ist es für westliche Unternehmen mit hohem Bedarf an diesen Metallen vorteilhaft, in China zu produzieren.

Mit einem Anteil von 97% an der weltweiten Produktion hat China gegenwärtig ein Beinahe-Monopol an Seltenen Erden. Weltweit gibt es jedoch genügend natürliche Ressourcen, um die chinesischen Ausfälle zu ersetzen. Die sind allerdings nicht von heute auf morgen zu erschließen. Das chinesische Monopol beruht vor allem auf den niedrigen Förderkosten (s. FB v. 28.10.10). Die haben nicht-chinesische Produzenten dazu verleitet, ihre Minen stillzulegen. Konzerne wie die französische Rhodia-Gruppe und die japanische Daido Electronics haben aber längst eigene Werke in China gebaut und sehen keinen Grund zur Panik.

- **Fazit:** Die Blase der aufgeblähten Aktienkurse für Seltenerden-Produzenten könnte schnell platzen.

In aller Kürze

GRIECHENLAND: ZAHLUNGSMORAL SCHWINDET

Als Folge der Schuldenkrise verschlechtert sich Griechenlands Zahlungsmoral dramatisch. Jüngstes Beispiel sind die staatlichen Krankenhäuser. Die bezahlen deutsche Lieferanten mittlerweile auf Anweisung der Regierung mit zinslosen Bonds. Auch private Unternehmen, so Germany Trade & Invest, zahlen meist nur mit längerem Verzug. Geschäfte in diesem Land sollten Sie deshalb nur mit langjährigen Partnern tätigen – und auch dann nur gegen Vorkasse und Kreditabsicherung.

INDIEN: PRAKTISCHE INFOS FÜR INVESTOREN

Auf die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen zugeschnitten ist der „Praxisleitfaden Indien“. Er enthält alle wesentlichen Informationen, die Ihnen helfen können, auf dem Wachstumsmarkt Fuß zu fassen. Als Mitglied im VDMA oder ZVEI erhalten Sie bei den Verbänden die Broschüre kostenlos. Bei Germany Trade & Invest (Tel. 0228-24 993 0, Fax 0228-24 99 3 212) bezahlen Sie 90 €.

UMSATZSTEUER: KEIN VORABZUG OHNE NUMMER

Als Rechnungsempfänger müssen Sie unbedingt darauf achten, dass das Schriftstück die Steuernummer des Ausstellers enthält. Sonst sind Sie nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt! Zahlen- und Buchstabenkombinationen, die das Finanzamt im Schriftverkehr mit dem Aussteller gebraucht, sind **k e i n** Ersatz für die Steuernummer (BFH-Urteil vom 2.9.2010, Az.:V R/ 55/09).

DIE PRIVATE VERMÖGENSANLAGE DES UNTERNEHMERS

DBA Deutschland-Schweiz Vergangenheitsbewältigung

Die Schweiz und Deutschland legen ihren Steuerkrieg bei. Ende Oktober haben Bundesfinanzminister *Wolfgang Schäuble* und der Schweizer Bundesrat *Hans-Rudolf Merz* den jahrzehntelangen Streit über Steuerhinterziehung und Bankgeheimnis beendet. Während eines Treffens in Bern unterzeichneten sie das revidierte Doppelbesteuerungsabkommen nach OECD-Standard und eine Erklärung zur Zusammenarbeit im Steuerbereich sowie über einen besseren Zugang zum Finanzmarkt des Nachbarn. Ab Anfang 2011 wollen Berlin und Bern darüber verhandeln, wie diese Vorgaben zu realisieren sind. Ziel der Verhandlungen ist es, Wettbewerbsverzerrungen im Steuerbereich zu vermeiden, berechnete Steueransprüche durchzusetzen und gleichzeitig den Schutz der Privatsphäre von Bankkunden zu respektieren.

Die offenen Fragen

In den Verhandlungen sollen insbesondere folgende Punkte geregelt werden:

- ◆ **Altlasten:** Deutsche Steueründer mit Konten in der Schweiz sollen anonym bleiben. Ihr Status wird legalisiert, indem die Schweiz eine einmalige Sondersteuer erhebt, die dem deutschen Fiskus zufließt. Zur Vergangenheitsbewältigung gehört auch der Schutz Schweizer Bankmitarbeiter vor Strafverfolgung.
- ◆ **Abgeltungsteuer für die Zukunft:** Wollen die Steuerpflichtigen anonym bleiben, werden künftige Erträge mit einer Quellensteuer abgegolten. Mit der Abgeltungsteuer wäre die Steuerpflicht gegenüber dem Wohnsitzstaat erfüllt. Sie entspräche dem automatischen Informationsaustausch bei Kapitaleinkünften.
- ◆ **Erweiterte Amtshilfe:** Um eine Umgehung der Abgeltungsteuer zu verhindern, kann der deutsche Fiskus aus plausiblen Anlass Amtshilfesuche stellen. Sie müssen nur den Namen des Kunden enthalten. Der Name der Bank ist nicht mehr zwingend erforderlich. Die Gesuche sind zahlenmäßig beschränkt. „Fishing Expeditions“ sind weiter ausgeschlossen.
- ◆ **Marktzugang:** Deutsche und Schweizer Banken sollen jeweils einen leichteren Zugang zum Finanzmarkt des jeweiligen Nachbarlandes erhalten.

Bei einem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen will Deutschland auf weitere Käufe von Bankdaten verzichten, versprach Schäuble seinem Amtskollegen Merz. Bankkonten in der Schweiz sol-

len aus steuerlicher Sicht künftig nicht attraktiver als in Deutschland sein. Daraus lässt sich die Höhe der Abgeltungsteuer für Kapitalerträge erschließen. In Deutschland ergibt die Abgeltungsteuer von 25% plus Solidaritätszuschlag eine Steuerbelastung von 26% bis 27%. Die EU-Zinsbesteuerung in Drittstaaten bietet einen weiteren Vergleichswert. Sie liegt ab Juli 2011 bei 35%. Die Bemessungsgrundlage bei der Abgeltungsteuer geht aber über die bei der Zinssteuer hinaus.

Die Steuersätze der Abgeltungsteuer für beim deutschen Fiskus nicht deklarierte Vermögen werden voraussichtlich an Hand von drei Faktoren bestimmt: Rückwirkungsdauer, geschätzte Kapitalerträge und Strafzuschlag.

- ◆ **Rückwirkung:** Die Dauer rückwirkend erhobener Kapitaleinkünfte könnte sich an der Verjährungsfrist für Steuerdelikte orientieren – in Deutschland 10 Jahre.
- ◆ **Kapitalerträge:** Es ist von einer geschätzten Rendite von jährlich 3% auszugehen – die Durchschnittsrendite Schweizer Aktien und Frankenobligationen.
- ◆ **Strafsteuer:** Ihr Umfang könnte sich an der Strafsteuerpraxis in Deutschland orientieren. Die Strafsteuer bewegt sich in einer Bandbreite von 50% bis 100%.

Bei einer Rückwirkungsdauer von zehn Jahren und einer Durchschnittsrendite von 3% wäre das Steuersubstrat 30% des nicht deklarierten Kapitals. Legt man einen Spitzensteuersatz auf Kapitalerträge von 45% zu Grunde und gewichtet ihn zu einem Viertel für Kapitalgewinne und zu drei Vierteln für Erträge, ist ein Steuersatz von 35% bis 40% zu erwarten. Angewandt auf ein Substrat von 30% des nicht deklarierten Vermögens und unter Hinzurechnung von Verzugszinsen ergäbe sich eine Steuerlast von etwa 12% bis 14% des Kapitals. Rechnet man die Strafsteuer von 50% bis 100% auf die geschuldete Steuer dazu, so ergibt sich eine Abgeltungsteuer zwischen 17% und 26% auf das undeklarierte Kapital.

Noch ist nicht sicher, dass mit der Abgeltungsteuer der automatische Informationsaustausch vom Tisch ist. Vor Deutschland hat schon Großbritannien eine ähnliche Erklärung unterzeichnet. Nun erhofft sich Bern weitere Vereinbarungen mit EU-Staaten. Das soll Forderungen nach einem automatischen Informationsaustausch den Wind aus den Segeln nehmen. Ob dies gelingt, dürfte auch davon abhängen, wie viel Geld aus der Abgeltungsteuer den Vertragsstaaten zufließen wird.

Hinweis: Weitere Informationen erhalten Sie bei RA Dr. iur. HSG Thomas Gehrig, Geschäftsführer GLOBOGATE AG, Telefon +41 41 619 00 70, E-Mail: info@globogate.org, Internet: www.globogate.org

Kunstmarkt

Erfolgskriterien beim Kauf

Kunst ist heutzutage eine Anlageform, die mit anderen Anlageklassen durchaus mithalten kann. Finanz- und Life-Style-Magazine veröffentlichen regelmäßig Rankinglisten der „teuersten Künstler der Welt“ und geben damit die Richtung vor: „Was gut ist, ist auch teuer“ oder umgekehrt „was teuer ist, ist auch gut“. Doch ist die Geschichte des Kunstsammelns nicht eine Geschichte der Fehlurteile? Monet, Cézanne, Gauguin, van Gogh – heute zu Höchstpreisen in den Auktionshäusern der Welt gehandelt – zu ihrer Zeit waren sie alle verkannt. Woran bemisst sich also der Wert eines Kunstwerks?

Jeder Anleger prüft vor Erwerb eines Unternehmens oder einer Immobilie zunächst deren Marktwert. Er konsultiert etwa Wirtschaftsprüfer oder Gutachter, um Ertragsrisiken oder -erwartungen in Erfahrung zu bringen. Es wäre logisch, beim Kunstkauf ähnlich vorzugehen. Erst dann könnte man von einer rationalen Anlageentscheidung sprechen. Doch die Realität beim Umgang mit Kunst sieht oft anders aus. Häufig wird die Kaufentscheidung von interessengeleiteten Personen und vorherrschenden Geschmackskonventionen beeinflusst. Ein davon unabhängiges Kunstverständnis fehlt vielen Anlegern. Die Frage nach der dauerhaften Werthaltigkeit des Objekts wird deshalb häufig gar nicht gestellt. Nachfolgend einige Beispiele als Beleg:

- ◆ Mitte der 70er und 80er Jahre dominierten Videoinstallationen den Markt für zeitgenössische Kunst. Sie bedienten sich der elektronischen Bildaufzeichnung per Videoband, um diese teilweise auf mehreren Monitoren oder Leinwänden zeitgleich, abzuspielen. Vorreiter der Videokunst waren der Südkoreaner Nam Jun Paik (1932-2006) und der Deutsche Wolf Vostell (1932-1998). Typische Käufer waren Museen, Banken, Versicherer und Unternehmer. Die Preise für solche Installationen konnten durchaus 100.000 € erreichen. Doch ist solche Kunst auch dauerhaft werthaltig? Mittlerweile altern die Bildträger (Videobänder) und müssen kostspielig restauriert werden. Die Frage der Zulässigkeit aus urheberrechtlichen Gründen ist dabei noch gar nicht geklärt. Zudem gibt es einen liquiden Markt für Videokunst nur in Ansätzen.
- ◆ Pablo Picassos Gemälde „Garçon à la Pipe“ von 1905 wurde am 5. Mai 2004 für 104 Mio. US-\$ bei Sothebys New York versteigert. Die Vorbesitzer, ein New Yorker Sammlerehepaar, sollen das Bild 1950 für 30.000 US-\$ erworben haben. Der tadellose Zustand des Gemäldes und ein gesicherter Herkunftsnachweis sind bei solch kostspieligen Käufen natürlich unabdingbare Voraussetzung. Kann der Preis aber beim Wiederverkauf erneut erzielt werden?

Ein Fallbeispiel: Herr Müller möchte eine Farblithographie von Marc Chagall erwerben – Preis: 7500 €. Ob das Objekt als Wertanlage taugt, wollen wir an Hand folgender Kriterien prüfen.

- ◆ **1. Künstlerische Qualität:** ein typisches Blatt von Chagall, ausgewogene Komposition, verglichen mit anderen Werke Chagalls von mittlerer Güte. Bewertung: +
- ◆ **2. Ausführungsqualität:** eindrucksvoller, satter farbfrischer Druck, guter Erhaltungszustand. Bewertung: +
- ◆ **3. Einzigartigkeit:** gezeichnetes Exemplar einer Auflage von 75 Stück; in der Literatur beschrieben, gerahmt mit Passepartout, keine Expertise. Arbeiten von Chagall zählen zu den begehrtesten Werken für Kunstfälscher. Eine Begutachtung durch Sachverständige ist aber aus Kostengründen unangemessen. Bewertung: 0
- ◆ **4. Marktbewertung:** vergleichbare Objekte werden regelmäßig angeboten, der Preis liegt am oberen Ende der Vergleichsgruppe, Marktliquidität ist gegeben. Der Spielraum für Preissteigerungen ist gering. Bewertung: -

Unser Urteil: Herr Müller sollte die Lithografie aus anlegerischer Sicht nicht erwerben, da mit nennenswerten Preissteigerungen nicht zu rechnen ist.

Anders verhält es sich mit Radierungen des italienischen Kupferstechers G.B.Piranesi (1720-1778). Vor 25 Jahren kostete das Blatt „Veduta di Piazza Navona“ ca. 800 DM. Jetzt ist es kaum unter 4.000 € zu haben. Wir glauben diese Wertsteigerung setzt sich fort.

- ◆ **1. Künstlerische Qualität:** ein typisches Blatt von Piranesi mit einer unverwechselbaren Stilistik. Bewertung ++
- ◆ **2. Ausführungsqualität:** guter Erhaltungszustand, satter farbfrischer Druck, kontrastreiches Exemplar ohne Mittelfalte – deshalb ein seltenes Stück. Bewertung ++
- ◆ **3. Einzigartigkeit:** Wasserzeichen mit angehängten Buchstaben belegen den Frühdruck, Beschreibungen in der Literatur bestätigen den Augenschein. Bewertung +
- ◆ **4. Marktbewertung:** vergleichbare Objekte sind im Kunsthandel regelmäßig zu finden. Für gute Objekte gibt es eine Nachfrage, die Preistendenz ist intakt. Bewertung ++

Unser Urteil: Die angewandten Kriterien belegen, dass das Objekt wertstabil ist und als künstlerisches Anlageobjekt im Kunstmarkt dauerhaft bestehen kann. Deshalb ist ein Kauf empfehlenswert. Herr Müller muss auf Qualität und klares Preislimit achten.